Heute Appell der KPD an die sozialdemokratischen Arbeiter Seite 3

Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 30 Pf., Reklamezeile (amtlich, an den dreispaltigen Teil einer Zeile) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Ges. f. Inseratenverbreitung, Abt. Dresden, Seestr. 7, Hof., Tel. 27 853. Postscheck Dresden 203 15. Geschäftsstelle: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: bei Haus monatlich 2,30 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (einschl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klettisch, Dresden-A., Ammonstraße 60. Tel. 25 521. Postscheckkonto Dresden 29 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl Preilhner, Berlin; übriger Teil: Erich Geldemann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Rietscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 21. April 1932 — Nummer 93

Ein Schlag ins Gesicht sozialdemokratischer Arbeiterwähler!

Schieckregierung offen für die Hitlerfaschisten

Ein Brief der sächsischen Regierung an die Reichsregierung fordert Verbot des Reichsbanners und der proletarischen antifaschistischen Abwehrorganisationen . Schieck gibt den SPD-Führern einen Fußtritt

SPD-Arbeiter! Laßt euch nicht länger betrügen, kämpft mit uns gegen Schieck und seine Helfer!

Mit aller Gehässigkeit haben die sozialdemokratischen Bonzen in ihren sächs. Zeitungen sämtliche verfügbaren Register gezogen, um in der Woche vor dem roten Volksentscheid breiteste Massen der proletarischen Wählerschaft für ihre schamlose Unterstützung der reaktionären Schieckregierung zu mißbrauchen. Mit tausendfältiger Lüge und Verleumdung hat die SPD-Presse, voran die Dresdner Volkszeitung, den sozialdemokratischen Arbeitern eingeredet, daß die „Kommunisten im Bunde mit den Nazis" stehen und deshalb keiner zur Abstimmung über den roten Volksentscheid gehen dürfe.

Just zu derselben Zeit, nämlich zwei Tage vor dem Volksentscheid hat sich Schieck in einem Brief an die Reichsregierung gewandt, um seine ausdrückliche Sympathie mit den Nazis noch einmal zu dokumentieren und in Parallelle dazu das Verbot des Reichsbanners und der antifaschistischen proletarischen Wehrorganisationen zu verlangen, wie es der sozialdemokratische preußische Innenminister durch seine polizeilichen Haussuchungen bereits praktisch vorbereitet.

Schieck hat damit seinen sozialdemokratischen Stützen einen offenen Fußtritt gegeben und der ihm nahestehenden Presse in der Erkenntnis der absoluten lakaienhaften Ergebenheit der Wendel, Liebmann und Böchel, erklärt, daß die Regierung die Veröffentlichung des Briefes vor dem Volksentscheid deshalb nicht vorgenommen habe, weil sie nicht töten wollte. Das heißt auf gut Deutsch, daß sich Schieck vollkommen darüber im klaren war, daß das Bekanntwerden des Briefes vor dem Volksentscheid breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Augen geöffnet hätte, wer mit Hitler und den sozialdemokratischen Führern gegen die Werktätigen regiert.

Jetzt nach dem Volksentscheid weinen die sozialfaschistischen Führer nach Bekanntwerden der Tatsache ihre bekannten Krokodilstränen. So berichtet die Dresdner Volkszeitung von gestern unter der Ueberschrift:

„Schiecks böses Spiel"

über den Regierungsbrief an den Reichsinnenminister folgendes:

„Wie die **Dresdner Nachrichten** dazu (zur Stellung Schiecks zum SA-Verbot, d. Red.) **von zuständiger Stelle erfahren, hat sich die sächsische Regierung von jeher auf den Standpunkt gestellt, daß Polizeimaßnahmen gleichmäßig und objektiv durchgeführt werden müssen. Infolgedessen hat sie bereits in der vorigen Woche, noch vor dem Hindenburgbrief, den Reichsinnenminister Groener ersucht, das Reichsministerium des Innern möge prüfen, ob gleiche Voraussetzungen wie für die SA-Formationen für Wehrformationen auch anderer politischer Parteien vorliegen.**"

Und im Kommentar sagt dann die sozialdemokratische Zeitung, was wir bereits seit langen Monaten immer und immer wieder festgestellt haben. Sie erklärt:

„... **Aber es kommt Schieck offenbar darauf an, bei den Verfündern des Dritten Reiches nicht allzu schlecht angeschrieben zu sein. Man kann ja nicht wissen, wozu man die Leute einmal braucht und wahrscheinlich steht der Herr im Innern seines Herzen den Killinger und Kompanie gar nicht so fern.**"

Die SPD-Presse gibt damit zu, daß sie nur mit beispielloser Demagogie gegen uns operierte, um ihre „Kleinere-Uebel"-Politik, die bewußte Hilfsstellung für die faschistische Kapitalsdiktatur vor der Arbeiterschaft zu verschleiern. Weiter unten sagt die Zeitung dann:

„... **sondern er ist nur allzusehr geeignet** (der Schieckbrief, d. Red.), **die Annahme zu rechtfertigen, daß die sächsische geschäftsführende Regierung gar nicht so objektiv ist, wie sie tut, sondern sich vielmehr recht eifrig bemüht, die Geschäfte der Reaktion und der Feinde der Republik zu besorgen.**"

Gerade das war es, was die sozialdemokratische Presse mit aller Hartnäckigkeit abgestritten hat, um den „Nachweis" zu führen, daß Schieck besser sei als die Nazis. Aber noch besser, heute geben die sozialfaschistischen Führer auch zu, daß die

Schieckregierung faschistisch verseucht

ist, indem die Volkszeitung ihren Lesern unterbreitet, was sie natürlich längst vorher gewußt hat: Sie schreibt weiter:

„... **Wenn Herr Schieck selber so offenkundig zeigt, daß er gern auch mit den Nazis gut Freund sein möchte, ist es nur zu natürlich, daß die Behörden draußen im Lande sich danach richten, und wenn es irgendwie geht, den Hitlerleuten allerhand Gefälligkeiten erweisen, zumal ja in den Behörden zahlreiche Herren sitzen, die im Grunde genommen eifrige Anhänger der NSDAP sind, wenn sie es vorläufig auch meist vorziehen, sich in der Oeffentlichkeit etwas zurückzuhalten.**"

Auch das haben wir mehr als einmal festgestellt und nicht zuletzt mit dem Vorgehen der Schieckregierung gegen revolutionäre Arbeiter bewiesen. Bewiesen auch dadurch, daß wir über die Verbotsmaßnahmen des Schieckapparates gegen kommunistische Versammlungen berichteten und über die mehrfache Beschlagnahme kommunistischen Wahlmaterials, während den Nazis alles erlaubt blieb.

Die sozialdemokratischen Massenbetrüger treiben aber ihre Demagogie auf die Spitze, wenn sie am Schluß ihres Artikels zwei Tage nach Abschluß ihrer Stützungsaktion für Schieck erklären:

„Mit dieser geschäftsführenden Regierung des Herren Schieck muß ein sehr ernstes Wort gesprochen werden. Die Sozialdemokratie kann es sich nicht ruhig gefallen lassen, daß Herr Schieck den Hitlerleuten derartige Liebesdienste erweist."

Das ist die alte freche Schaumschlägerei, mit der diese Burschen jahrelang die SPD-Arbeiter eingeseift haben und auch in Zukunft umnebeln wollen. Das beweist erneut ein langes Zitat aus der demokratischen Zittauer Morgenzeitung, das dieselbe Volkszeitung abdruckt und in dem es heißt:

Schieck mit Braunschweig in einer Linie

„Wenn die Wähler, die durch ihr Nein oder durch Nichtbeteiligung am Volksbegehren den Sturz des Kabinetts Schieck verhindert haben, schon am Sonntag gewußt hätten, daß die sächsische Regierung hier einen Dolchstoß gegen das Reichsbanner unternommen und offensichtlich vor die SA-Organisation getreten war, so hätte es allerdings der Regierung leicht geschehen können, daß auch die mittelbürgerlichen und sozialdemokratischen Kreise dem Volksentscheid zugestimmt und einer Regierung, die sich derartige politische Extravaganzen erlaubt und sich so fast mit Braunschweig in eine Linie stellt, ein schnelles Ende zu bereiten."

Hört es, Reichsbannerproleten und SPD-Arbeiter. Heute, da nichts mehr geschieht, da das Schieckkabinett mit Hilfe der SPD gerettet wurde, da geben diese Burschen zu, daß das Schieckkabinett mit den Nazis gegen die Werktätigen herrscht.

Diese Eingeständnisse der SPD, die natürlich nur dem Zweck dienen, die SPD-Arbeiter auch weiterhin an der Stange zu halten, bestätigen noch einmal die absolut richtige Linie unserer Klassenpolitik, die die Massen der Werktätigen sammelt zum außerparlamentarischen Kampf gegen faschistische Kapitalsdiktatur.

Der Brief Schiecks war eine Hilfsmaßnahme, eine Aktion für Hitler, um eine Gegenwirkung gegen das SA-Verbot herbeizuführen. Die Forderung nach dem Verbot des Reichsbanners wird zu einer allgemeinen Aktion der Reaktion ausgenützt. Die Schieckregierung steht mitten in der Front der äußersten Reaktion. Sie steht zu Hitler und dokumentiert mit ihrem Brief, daß sie bereit ist, die Hitlerfaschisten in die Regierung einzubeziehen. Macht das allen sozialdemokratischen Arbeitern klar, lockert ihre von den verräterischen Führern bewußt anerzogene fanatische Verbissenheit, zeigt ihnen den Weg zur roten antifaschistischen Klassenfront der Ausgebeuteten, zum Kampf um den Sozialismus.

Severing-Aktion gegen die KPD

Haussuchungen in KPD-Büros . Neue Polizeimaßnahmen in Vorbereitung . Arbeiter, verteidigt eure Partei und die revolutionären Massenorganisationen

Eine ganze Reihe von Tatsachen deuten darauf hin, daß die am 19. April gegen die roten Sportorganisationen und den Kampfbund gegen den Faschismus auf Befehl Severings in ganz Preußen durchgeführte Polizeiaktion die Kommunistische Partei treffen sollte. Die Auslassungen bürgerlicher Zeitungen lassen keinen Zweifel mehr, daß Severing im Einverständnis mit Groener einen großen Schlag gegen die Kommunistische Partei führen will.

Die Hamburger Nachrichten, ein Hugenbergblatt, schreiben zu der Polizeiaktion Severings unter anderem:

„Das preußische Innenministerium erhofft sich von diesen Haussuchungen zunächst einmal, daß ein umfangreiches, die KPD als Terrororganisation kennzeichnendes Material gefunden wird."

Das ist deutlich. Herr Severing will, mit Groener zusammenspielend, die Kommunistische Partei verbieten. Tatsächlich hat gestern der sozialdemokratische Polizeipräsident in Altona das Haus der Kommunistischen Partei besetzen und in allen Büros das Unterste zu oberst kehren lassen. Das gewünschte Material wurde selbstverständlich nicht gefunden. Auch in Itzehoe und anderen norddeutschen Orten wurden die Räume der Kommunistischen Partei bis in die entfernteste Ecke durchstöbert. Auch hier gingen die Hoffnungen des preußischen Innenministers nicht in Erfüllung.

Auch die Schieckregierung wetteifert mit Herrn Severing, wie ihr Brief an den Reichsinnenminister und die von uns gestern bereits gemeldeten Haussuchungen bei kommunistischen Funktionären zeigen.

Die völlige Ergebnislosigkeit der Polizeiaktion hat die beteiligten Kreise auf den verzweifelten Gedanken gebracht, durch neue umfangreiche Haussuchungen in den nächsten Tagen das Material herbeischaffen zu können, das man jetzt nicht hat finden können, weil es gar nicht vorhanden ist.

Fiasko der Grzesinski-Aktion

In Berlin, wo man nach dem verbotenen Roten Frontkämpfer-Bund suchte und zwei Arbeiter in dieser Sache verhaftete, mußte der eine, der Jungarbeiter Wilhelm Mohn, bereits freigelassen werden. Wie er uns mitteilt, hat die Polizei ihn immer wieder gefragt, ob die verbotene Rote Jungfront in den Kommunistischen Jugend-Verband überführt worden sei, ob der KJVD die Rote Jungfront weiterführe usw.

Es geht alles darauf hinaus, den „Nachweis" zu erbringen, daß der Kommunistische Jugendverband und die Kommunistische Partei bzw. andere Massenorganisationen den Roten Frontkämpfer-Bund fortführen. So will man Gründe für Verbote schaffen.

Grzesinski, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, darf bei dieser Aktion nicht fehlen. Er behauptet in einem gestern von ihm herausgegebenen Kommuniqué, daß „die Haussuchungen bei Funktionären des antifaschistischen Kampfbundes und des sogenannten (!) Arbeiterschützenbundes ergeben haben, daß der verbotene Rote Frontkämpfer-Bund